



## Sitzungsniederschrift

### Rat der Stadt Norderney

Sitzungsort:	Haus der Insel, Nordeingang - Konferenzraum 3-4, Am Kurtheater 2	
Sitzungsdatum:	26.09.2012	Niederschrift gefertigt am: 16.10.2012
öffentlich	Beginn: 18:00 Uhr	Ende: 21:10 Uhr

Anwesend:

**Vorsitzender**

RV Johannes Terfehr

**Stimmberechtigtes Mitglied**

BG Jann Ennen  
2. stv. BM Karin Rass  
RM Stefan Wehlage  
RM Klaus-Rüdiger Aldegarmann  
RM Barbara Bakker-Dinkla  
RM Christian Budde  
1. stv. BM Jan Harms  
BG Sascha Nüchter  
BG Axel Stange  
RM Manfred Plavenieks  
BG Bernhard Onnen  
BM Frank Ulrichs  
RM Volker Lenz  
RM Reinhard Kiefer  
RM Heidi Raschke

**Von der Verwaltung**

StA Walter Uden

**Schriftführer**

Verw.-Angest. Heike Müller

Entschuldigt fehlen:

RM Helga Meyer

Außerdem anwesend:

Prokurist Ralf Temme

## Tagesordnung

5. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Anwesenheit und Beschlussfähigkeit sowie der Tagesordnung
6. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 23.07.12 - öffentlicher Teil
7. Bericht des Bürgermeisters über wichtige Angelegenheiten der Stadt
8. Übernahme einer 100 % igen modifizierten Ausfallbürgschaft für ein Darlehen der Wohnungsgesellschaft Norderney mbH über 2.571.620,52 EUR
9. Feststellung des Jahresabschlusses 2011 der Technischen Dienste Norderney, Ergebnisverwendung und Entlastung des Betriebsleiters
10. Jahresrechnung 2010 der Stadt Norderney Fassung vom 18.09.2012  
Kenntnisnahme vom Prüfungsbericht des Landkreises  
Beschlussfassung über die Jahresrechnung 2010 und Entlastung des Bürgermeisters
11. Eröffnungsbilanz zum 01.01.2011
12. Kurbeitrag; Kalkulation für das Jahr 2013 sowie 1. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung eines Kurbeitrages für die Stadt Norderney (Kurbeitragssatzung) vom 17.12.2007
13. Straßenbaumaßnahme Ausbau Knyphausen-, Beneke- und Frisistraße, Bildung von Abschnitten
14. Straßenausbaumaßnahme Nordhelmstraße, Bildung von Abschnitten
15. Bebauungsplan Nr. 25 B 'Nordhelm Mitte', Beschluss zum erneuten Erlass einer Veränderungssperre
16. Änderung der Hauptsatzung der Stadt Norderney vom 23.07.2012;  
Antrag der Gruppe CDU/FDP
17. Einführung eines eigenen KFZ-Kennzeichens für Norderney;  
Antrag der Gruppe CDU/FDP
18. Genehmigung einer überplanmäßigen Ausgabe für den Ausbau der Straße vom Hafen bis Kreuzung Oase
19. Spende eines Zeltes für die Jugendfeuerwehr;  
Beschlussfassung über die Annahme der Spende
20. Mitteilungen der Verwaltung
21. Anfragen und Anregungen
22. Einwohner- / Einwohnerinnenfragestunde

## **TOP 5. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Anwesenheit und Beschlussfähigkeit sowie der Tagesordnung**

RV Terfehr eröffnet die öffentliche Sitzung, stellt die ordnungsgemäße Ladung, die Anwesenheit und die Beschlussfähigkeit fest.

BG Ennen führt aus, dass die Gruppe CDU/FDP die Anträge zu den Tagesordnungspunkten 16 „Änderung der Hauptsatzung der Stadt Norderney vom 23.07.2012“ und 17 „Einführung eines eigenen KFZ-Kennzeichens für Norderney“ zurücknehme. RM Terfehr ergänzt, dass die Angelegenheit des TOP 17 aufgrund eines Bundesratsbeschlusses erledigt sei. BG Ennen führt weiterhin aus, dass die Gruppe CDU/FDP den Antrag zu TOP 16 vertagen wolle zur nächsten Ratssitzung.

RM Plavenieks erklärt, die CDU/FDP habe in einem Zeitungsartikel bereits darauf hingewiesen, dass der Antrag zur Änderung der Hauptsatzung zurückgezogen werde, weil RM Helga Meyer ortsabwesend und damit die erforderliche Mehrheit nicht vorhanden sei. RM Plavenieks führt aus, dass RM Meyer einen Listenplatz der SPD eingenommen habe. Die Gruppe CDU/FDP verfälsche den Wählerwillen, wenn sie ihre Stimme in Anspruch nehme.

RM Aldegarmann merkt an, dass er in der letzten Sitzung des Rates extra auf diese Folgen der Änderung der Hauptsatzung hingewiesen habe. Der Bauausschuss werde dadurch zu einem Entscheidungsgremium und in diesem gebe es eine andere politische Mehrheit als in den anderen Entscheidungsgremien, weil der Bürgermeister dort kein Stimmrecht habe.

RM Wehlage merkt zu RM Plavenieks an, dass es auch keine Gruppe SPD/FWN gegeben hätte, wenn die SPD-Fraktion noch vollständig wäre.

## **TOP 6. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 23.07.12 - öffentlicher Teil**

RM Kiefer fragt, warum die Änderung der Geschäftsordnung und Hauptsatzung noch nicht im Amtsblatt veröffentlicht seien. Wenn dies tatsächlich so sei, sei die Änderung der Hauptsatzung nicht rechtsgültig. BM Ulrichs sagt eine Klärung zu.

RM Kiefer merkt an, bei TOP 22 „Bebauungsplan Nr. 25 B "Nordhelm-Mitte" - Verfahren zur 1. Änderung“ sei nicht vermerkt, dass er nicht an der Beratung und Beschlussfassung teilgenommen habe. Es handele sich wohl um eine Verwechslung mit RM Plavenieks. BM Ulrichs erklärt, dass dieser Fehler bei der Verwaltung bereits aufgefallen war. Weiterhin müsse der Wortlaut des Beschlusses bei TOP 28 „Bebauungsplan Nr. 61 „An der Mühle“; Beschluss zum Erlass einer Veränderungssperre“ geändert werden von „Der Verwaltungsausschuss empfiehlt...“ in „Der Rat der Stadt Norderney beschließt...“.

BM Ulrichs erläutert weiterhin, dass ihm zur Niederschrift ein Korrekturwunsch eines Norderneyers für eine Anfrage in der Bürgerfragestunde vorliege. Aufgrund des kurzfristigen Eingangs dieser Anmerkung konnte hierzu noch keine abschließende Prüfung vorgenommen werden.

Die Niederschrift über die Sitzung vom 23.07.2012 – öffentlicher Teil – wird mit den o. g. Änderungen bei 14 Jastimmen und 2 Enthaltungen genehmigt.

## **TOP 7. Bericht des Bürgermeisters über wichtige Angelegenheiten der Stadt**

Der Bericht des Bürgermeisters ist der Niederschrift in der Anlage beigefügt.

RM Kiefer spricht die energetischen Umbaumaßnahmen in der Mühlenstraße an. Es sei unverständlich für ihn, dass man bei ähnlicher Bebauung in der Siedlung den Bauherren dort für solche Maßnahmen eine Riemchenverklinkerung vorschreibe und die Stadt selbst als Bauherr nicht so verfare. Er gehe davon aus, dass die Maßnahme nochmals im Bauausschusses beraten werde. BM Ulrichs betont, dass man sich im Aufsichtsrat die Entscheidung nicht leicht gemacht habe. Aus

wirtschaftlichen Erwägungen heraus habe man sich letztlich für ein Wärmedämmverbundsystem entschieden. Dabei sei es Ziel gewesen, Modernisierungsmaßnahmen durchzuführen und gleichzeitig die Ansicht im Hinblick einer homogenen Struktur zu erhalten. Wenn sich in der Siedlung Eigentümer von Straßenzügen für eine solche Maßnahme zusammentäten, sei man seitens der Verwaltung und der Politik sicherlich bereit, eine Lösung zu finden. Es gehe darum, ein möglichst einheitliches Erscheinungsbild zu erhalten.

2. stv. BM Rass merkt an, dass im Moment die Häuser gute energetische Werte hätten. In den nächsten Jahrzehnten könnten dort aufgrund des verarbeiteten Kunststoffs noch Probleme hinsichtlich der Entsorgung entstehen.

BG Nüchter führt aus, bei der Sanierungsmaßnahme sei insbesondere auch berücksichtigt worden, dass dort eine subventionierte Miete genommen werde. Man hätte sicherlich eine Riemchenverklinkerung schöner gefunden. Weil dort aber keine Kostenmiete genommen werden sollte, habe man so versucht, einen Kompromiss zu finden.

**TOP 8. Übernahme einer 100 % igen modifizierten Ausfallbürgschaft für ein Darlehen der Wohnungsgesellschaft Norderney mbH über 2.571.620,52 EUR**

**Beschluss**

Der Übernahme einer modifizierten Ausfallbürgschaft für ein von der Wohnungsgesellschaft Norderney mbH bei der Landesbank Baden-Württemberg aufgenommenes Darlehen in Höhe von 2.571.620,52 EUR zu folgenden Bedingungen wird zugestimmt:

Betrag:	2.571.620,52 EUR
Zinssatz:	2,50 % p. a.
Ausz.-Kurs:	100 %
Anfängliche Tilgung:	5,53 % p. a.
Fälligkeit:	monatlich nachträglich zum Monatsende (erstmal am 30.02.2013)
Valutierung:	13.02.2013
Besicherung:	100 % ige Ausfallbürgschaft der Stadt Norderney

16 Stimmen dafür

0 Stimmen dagegen

0 Enthaltungen

**TOP 9. Feststellung des Jahresabschlusses 2011 der Technischen Dienste Norderney, Ergebnisverwendung und Entlastung des Betriebsleiters**

**Beschluss**

Der Rat der Stadt Norderney beschließt - vorbehaltlich der Zustimmung des Landkreises Aurich -, den Jahresabschluss 2011 der Technischen Dienste Norderney nebst Geschäftsbericht festzustellen und den Jahresüberschuss in Höhe von 2.930,30 Euro auf neue Rechnung vorzutragen.

Der Rat der Stadt Norderney beschließt die Entlastung des Betriebsleiters.

16 Stimmen dafür

0 Stimmen dagegen

0 Enthaltungen

**TOP 10. Jahresrechnung 2010 der Stadt Norderney Fassung vom 18.09.2012  
Kenntnisnahme vom Prüfungsbericht des Landkreises**

## **Beschlussfassung über die Jahresrechnung 2010 und Entlastung des Bürgermeisters**

RM Wehlage verweist auf das Minus des Flughafens Norderney in Höhe von 50.000 €. Der Flughafen sei langfristig nicht wirtschaftlich zu führen. Man sollte evtl. ein Gutachten beauftragen, um zu prüfen, welche Verkehrswege für die Insel Norderney notwendig seien. Man müsse notfalls zu einer Schließung des Flughafens kommen. BM Ulrichs erwidert, dass es diese Diskussion alle Jahre wieder gebe. Einer Landebahnverlängerung würden die Grünen leider nicht zustimmen. Eine Schließung könne aber nicht die Konsequenz sein. 1. stv. BM Harms ergänzt, dass man auf eine solche Untersuchung verzichten könne.

### **Beschluss**

Vom Prüfungsbericht des Landkreises Aurich über die Prüfung der Jahresrechnung 2010 der Stadt Norderney wird Kenntnis genommen.

Der Rat der Stadt Norderney beschließt die Jahresrechnung 2010 wie vorgelegt und erteilt dem Bürgermeister gem. § 101 Abs. 1 NGO Entlastung.

15 Stimmen dafür

0 Stimmen dagegen

1 Enthaltungen

### **TOP 11. Eröffnungsbilanz zum 01.01.2011**

#### **Beschluss**

Der Rat der Stadt Norderney beschließt gemäß Artikel 6 Absatz 8 des Gesetzes zur Neuordnung des Gemeindehaushaltsrechts und zur Änderung gemeindefinanzrechtlicher Vorschriften vom 09. November 2005 die erste Eröffnungsbilanz der Stadt Norderney zum 01.01.2011.

16 Stimmen dafür

0 Stimmen dagegen

0 Enthaltungen

### **TOP 12. Kurbeitrag; Kalkulation für das Jahr 2013 sowie 1. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung eines Kurbeitrages für die Stadt Norderney (Kurbeitragssatzung) vom 17.12.2007**

StA Uden erläutert den Sachstand. Er weist darauf hin, dass in der Fachausschusssitzung vom 20.09.12 sowie im Verwaltungsausschuss einer Erhöhung des Kurbeitrages für Tagesgäste auf 2,20 € in der Hauptsaison sowie 1,10 € in der Nebensaison zugestimmt worden sei. 2. stv. BM Rass führt aus, dass die Grünen der Kalkulation zustimmen würden. Gerade die Erhöhung des Kurbeitrages für Tagesgäste finde ihre Zustimmung, weil Tagesgäste die Insel im Verhältnis mehr belasten würden. Die Regelung zur Befreiung vom Kurbeitrag finde allerdings nicht ihre Zustimmung. Es müsse für Schüler vom Festland zum Besuch ihrer Schulfreunde auf der Insel die Möglichkeit einer Befreiung vom Kurbeitrag geben. Die Reederei habe für diese Besuche dankenswerterweise einer Ermäßigung des Fahrpreises zugestimmt. StA Uden antwortet, dass man diesen Personenkreis schwer fassen könne. Letztlich müsse die Stadt dann dem Staatsbad diesen Einnahmeverlust ausgleichen. RM Wehlage vertritt die Auffassung, dass man diesen Befreiungstatbestand bei § 3 der Satzung einfügen könne. Er beantragt, diesen Punkt in die Satzung aufzunehmen. BM Ulrichs verweist darauf, dass eine saubere Abgrenzung des Personenkreises schwierig sei und die Gefahr der Willkür bestehe. Das werde vor Gericht nicht standhalten. BG Ennen merkt an, dass bei Benennung bestimmter Schulen dann Studenten und auch Schüler anderer Schulen, z. B. in Emden, benachteiligt würden.

**Der Antrag von RM Wehlage, eine Regelung in die Satzung aufzunehmen, dass die Schüler und Schülerinnen der weiterführenden Schulen in Norden und Esens vom Kurbeitrag befreit sind, wenn sie ohne Entgelt oder Kostenerstattung in die häusliche Gemeinschaft eines Mitschülers aufgenommen werden, wird mit 11 Neinstimmen, 4 Jastimmen und 1 Enthaltung abgelehnt.**

**Dem Antrag von RM Kiefer, dieses Thema an den Ausschuss für Haushalt und Finanzen zur Beratung im nächsten Jahr zu überweisen, wird mit 14 Jastimmen, 1 Neinstimme und 1 Enthaltung zugestimmt.**

BG Stange fragt, ob man das Geltungsdatum für die Satzung vom 01.01.13 auf den 06. 01.13 verschieben könne. So müssten Gäste, über die Weihnachtsferien zwei verschiedene Kurbeitragssätze bezahlen. StA Uden rät entschieden hiervon ab, weil die Kalkulation sich genau auf ein Kalenderjahr beziehe. Es gebe auch genügend Zeit, sich darauf einzustellen.

RM Aldegarmann betont, dass die Erhöhung des Kurbeitrages für Tagesgäste nicht willkürlich erfolgen dürfe und bittet um eine Erläuterung. StA Uden erklärt, dass die Nutzungsmöglichkeit der Kureinrichtungen durch Tagesgäste genau geprüft worden sei und man eine Dauer von 11 Stunden ermittelt habe. Für den Übernachtungsgast sei eine Nutzungsmöglichkeit von 16 Stunden festgestellt worden. Damit sei man eigentlich bei einem Anteil von 70 % für den Kurbeitrag der Tagesgäste. Man habe es aber bei 65 % belassen, weil diese Erhöhung ansonsten im Verhältnis zu hoch ausgefallen wäre. RM Wehlage ergänzt, dass man auch künftig an eine weitere Erhöhung des Tageskurbeitrages denken müsse.

BG Ennen hält die Erhöhung des Kurbeitrages auf 3,40 € für zu hoch. Das gelte ebenso für den Tageskurbeitrag. Gerade Tagesgäste hätten bereits in anderen Küstenkurorten schon Kurbeitrag bezahlt. Diese Gäste würden oft auch Dauergäste. Ebenso würde die Gastronomie und der Einzelhandel von diesen Gästen leben, wenn die Dauergäste sich am Strand aufhielten.

BG Nüchter betont, dass in fünf Jahren der Kurbeitrag nicht erhöht worden sei. Er halte diese Erhöhung für vertretbar, gerade im Hinblick darauf, was auf Norderney geboten werde. Viele Tagesgäste würden sich auch selbst verpflegen.

Auf Nachfrage vom RM Kiefer erläutert StA Uden, dass durchschnittlich ca. 210.000 Tagesgäste im Jahr die Insel besuchen würden. Im letzten Jahr habe der daraus generierte Kurbeitrag bei 370.000 € brutto gelegen.

### **Beschluss**

Der Rat der Stadt Norderney stimmt der Kalkulation des Kurbeitrages für das Jahr 2013 zu mit der Maßgabe, dass der Beitragssatz für den Tageskurbeitrag in der Hauptsaison mit 2,20 EUR und in der Nebensaison mit 1,10 EUR in der Kalkulation berücksichtigt wird.

15 Stimmen dafür                      1 Stimmen dagegen                      0 Enthaltungen

Der Rat der Stadt Norderney stimmt der 1. Satzung zur Änderung der Kurbeitragssatzung vom 17.12.2007 in der vorgelegten Entwurfsfassung vom 06.09.2012 zu mit der Maßgabe, dass der Beitragssatz für den Tageskurbeitrag in der Hauptsaison auf 2,20 EUR und in der Nebensaison auf 1,10 EUR festgesetzt wird.

12 Stimmen dafür                      4 Stimmen dagegen                      0 Enthaltungen

### **TOP 13.    Straßenbaumaßnahme Ausbau Knyphausen-, Beneke- und Frisiastraße, Bildung von Abschnitten**

BM Ulrichs erläutert, dass der Abschnitt der Benekestraße zwischen Frisia- und Luciusstraße anlässlich der Neugestaltung des Onnen-Visser-Platzes mit ausgebaut werden solle. Allein aus optischen Gründen halte er das für sinnvoll. Er verweist weiterhin auf die Prioritätenliste der zu erneuernden

Straßen, die von den technischen Diensten in Zusammenarbeit den Wirtschaftsbetrieben erarbeitet wurde. Hier seien diese Straßen mit Stufe 5 bewertet worden und damit der höchsten Prioritätsstufe. Wenn man an diesen Abschnitt herangehe, sei es unbedingt sinnvoll, auch eine Regenwasserkanalisation einzubauen.

BG Stange verweist auf den zunächst vorhandenen Eindruck der Politik, dass die Fördermittel des Onnen-Visser-Platzes auch für die Erneuerung der Benekestraße zu verwenden seien. Auch würden die Anlieger die Verbesserung der Regenentwässerung nicht unbedingt als notwendig ansehen. Man solle die Benekestraße insgesamt betrachten und nicht nur einen kleinen Abschnitt. Die Gruppe SPD/FWN spreche sich daher dafür aus, zunächst nur die Baumaßnahme Onnen-Visser-Platz durchzuführen und die Benekestraße später als Gesamtmaßnahme in Angriff zu nehmen.

BM Ulrichs erwidert, die Verwaltung habe nicht den Eindruck, dass sich die Anlieger insgesamt dagegen aussprechen würden. Mit den Bedenken eines Anliegers habe man sich auseinander gesetzt. Es handele sich hier um eine zentrale Straße. Er würde es bedauern, wenn dieser Abschnitt nicht mit gemacht werde, nur weil ein Anlieger dagegen sei.

StA Uden betont, dass man die Chance erkennen müsse, die sich jetzt biete. Die Benekestraße sei eine lange Straße und die Gesamterneuerung eine sehr große Maßnahme. Das werde man so schnell nicht in Angriff nehmen können.

RM Lenz erklärt, dass er sich als Anlieger der Benekestraße auch gegen die Erneuerung ausspreche. Mit dem Regenwasser sehe er dort keine Probleme. Es gebe nach seiner Auffassung noch schlechtere Straßen.

RM Wehlage betont, dass der Rat die Beschlüsse nach dem Inhalt fasse und nicht danach, ob einzelne Bürger sich dagegen aussprechen, weil es keinen Zuschuss gebe. Er wundere sich, dass die Gruppe SPD/FWN jetzt kurz vor der endgültigen Entscheidung „umfalle“. Im Verwaltungsausschuss habe auch eine andere Meinung bestanden. Er halte das nicht für nachvollziehbar.

BG Ennen erklärt, es habe bislang die Aussage gegeben, dass der Ausbau durchgeführt werden müsse, weil das Regenwasser in die Luciusstraße ablaufen müsse. Das habe sich aber als nicht richtig herausgestellt. Daher müsse die Straße aus diesem Grund nicht erneuert werden. Allerdings könne man zur Verbesserung des optischen Eindrucks und Einpassung in das Gesamtbild die Steine auf Kosten der Stadt aufnehmen.

BG Nüchter erklärt, dass hier heute dieser Beschlussvorschlag publikumswirksam abgelehnt werde. Solch kurzfristigen Entscheidungsumschwung habe es bei der Gruppe SPD/FWN schon öfter gegeben. Man habe sich vorab lange über diesen Sachverhalt unterhalten und im Verwaltungsausschuss sei der Eindruck vermittelt worden, dass heute der entsprechende Beschluss gefasst werden könne.

BG Stange erwidert, dass diese Auffassung der SPD/FWN in der Diskussion im Verwaltungsausschuss herauszuhören gewesen sei. Es sei um den Eindruck gegangen, dass die Fördermittel auch für die Benekestraße zur Verfügung stünden. Wenn sich herausstelle, dass das nicht gehe, müsse man das eigentlich als zwei getrennte Baumaßnahmen sehen. Nach der Erneuerung des Onnen-Visser-Platzes könne man sehen, wie der Bedarf dort sei und dann könne man auch die Benekestraße insgesamt in Angriff nehmen.

RM Kiefer erklärt, dass sich nicht nur ein Anlieger dagegen ausgesprochen hätte. Er habe auch Informationen aus dem Haus Jürgens, dass man dort auch gegen einen Ausbau sei. Es sei eindeutig festzustellen, dass es zur Erneuerung der Regenentwässerung auch keine Notwendigkeit gebe.

BM Ulrichs kritisiert, dass man sich auf die Entscheidungen der Politik nicht mehr verlassen könne. Es sei bereits am 01.08.12 bekannt gewesen, dass die Fördermittel hierfür nicht verwendet werden könnten. Er betont, dass im Verwaltungsausschuss dieser Meinungsumschwung nicht erkennbar gewesen sei. Bei der Verwaltung sei auch nicht bekannt gewesen, dass sich noch weitere Anlieger gegen die Maßnahme aussprechen. Er halte es für sehr bedauerlich, wenn man diese Chance zur Verbesserung der Benekestraße nicht nutze.

2. stv. BM Rass betont, dass es hier um eine städtebauliche Betrachtung gehe und dazu bislang politisch Einigkeit bestanden habe. Man hätte so nicht auseinander dividiert werden können.

RM Kiefer unterstreicht, dass die gesamte Benekestraße die Stufe 5 habe und nicht nur ein einzelner Abschnitt. Er fragt, ob die Fördermittel für den Onnen-Visser-Platz tatsächlich zu einer Reduzierung der Kosten für die Anlieger dort führen würden oder nur für den Anteil der Stadt.

StA Uden antwortet, dass es bislang zu den Fördermitteln nur mündliche Zusagen gebe. Einen schriftlichen Bescheid gebe es noch nicht. Normalerweise würde sich zunächst der Anteil der Stadt

reduzieren, es sei denn, vom Zuwendungsgeber sei etwas anderes explizit bestimmt. Nach mündlichen Zusagen solle es eine entsprechende Nebenbestimmung geben.

RM Lenz nimmt an der Abstimmung nicht teil.

### **Beschluss**

Der Bildung von zwei Abschnitten für die Maßnahme Ausbau Knyphausen-, Beneke- und Frisiastraße gemäß dem Vorschlag der Verwaltung wird zugestimmt. Der Abschnitt 1 besteht aus den Straßenflächen Benekestraße zwischen Frisia- und Moltkestraße, Knyphausenstraße zwischen Frisia- und Moltkestraße und Frisiastraße zwischen Knyphausen- und Benekestraße. Der zweite Abschnitt besteht aus der Benekestraße zwischen Frisia- und Luciusstraße.

5 Stimmen dafür

9 Stimmen dagegen

1 Enthaltungen

**Damit ist der Beschlussvorschlag abgelehnt.**

**Dem Antrag von RM Plavenieks, nur die geförderte Maßnahme Onnen-Visser-Platz durchzuführen, wird mit 12 Jastimmen und 3 Enthaltungen zugestimmt. RM Lenz hat an der Abstimmung nicht teilgenommen.**

### **TOP 14. Straßenausbaumaßnahme Nordhelmstraße, Bildung von Abschnitten**

RM Kiefer fragt, ob die Regenwasserentwässerung beitragsumlagefähig sei. Dieser Punkt sollte nochmals in einem Ausschuss beraten werden.

### **Beschluss**

Der Rat der Stadt Norderney beschließt für die Straßenausbaumaßnahme Nordhelmstraße die Bildung der folgenden Abschnitte:

- Abschnitt 1: Nordhelmstraße zwischen den Straßeneinmündungen Lippestraße und Birkenweg
- Abschnitt 2: Nordhelmstraße zwischen den Straßeneinmündungen Birkenweg und Mainstraße
- Abschnitt 3: Nordhelmstraße zwischen den Straßeneinmündungen Mainstraße und Waldweg
- Abschnitt 4: Nordhelmstraße zwischen den Straßeneinmündungen Waldweg und Jadestraße
- Abschnitt 5: Nordhelmstraße zwischen den Straßeneinmündungen Jadestraße und Bgm.-Willi-Lührs-Straße

Zur Abgrenzung der Abschnitte dient die Mittellinie der zur Abgrenzung dienenden einmündenden Straßen.

16 Stimmen dafür

0 Stimmen dagegen

0 Enthaltungen

### **TOP 15. Bebauungsplan Nr. 25 B 'Nordhelm Mitte', Beschluss zum erneuten Erlass einer Veränderungssperre**

Die folgenden Ratsmitglieder nehmen an der Beratung und Abstimmung nicht teil:  
1. stv. BM Harms, BG Ennen, 2. stv. BM Rass



**Beschluss**

Der Rat der Stadt Norderney beschließt aufgrund der §§ 14 und 17 BauGB sowie der §§ 10 und 58 NKomVG – alle Bestimmungen in der derzeit gültigen Fassung – zur Sicherung des eingeleiteten Planänderungsverfahrens eine Veränderungssperre für den Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 25 B „Nordhelm-Mitte“ als Satzung. Der Geltungsbereich des Bebauungsplanes ist aus dem Lageplan des Sitzungsvorlage ersichtlich.

13 Stimmen dafür                      0 Stimmen dagegen                      0 Enthaltungen

**TOP 16.    Änderung der Hauptsatzung der Stadt Norderney vom  
23.07.2012;  
Antrag der Gruppe CDU/FDP**

Der Antrag wurde auf Wunsch der Gruppe CDU/FDP bis zur nächsten Sitzung vertagt.

**TOP 17.    Einführung eines eigenen KFZ-Kennzeichens für Nor-  
derney;  
Antrag der Gruppe CDU/FDP**

Der Antrag wurde von der Gruppe CDU/FDP zurückgezogen.

**TOP 18.    Genehmigung einer überplanmäßigen Ausgabe für den  
Ausbau der Straße vom Hafen bis Kreuzung Oase**

**Beschluss**

Der überplanmäßigen Ausgabe bei der Buchungsstelle 54.1.01/2222.7872000 Ausbau Hafen/- Kreuzung Oase i. H. v. 113.612,43 € wird zugestimmt. Die Deckung erfolgt durch Minderausgaben bei der Buchungsstelle 53.8.01/3002.7872000 Schmutzwasserkanalisation Nordhelmstraße.

13 Stimmen dafür                      3 Stimmen dagegen                      0 Enthaltungen

**TOP 19.    Spende eines Zeltes für die Jugendfeuerwehr;  
Beschlussfassung über die Annahme der Spende**

**Beschluss**

Der Annahme der Spende der Spedition Fischer in Höhe von 3.032,00 € netto bzw. 3608,08 € brutto für die Jugendfeuerwehr wird zugestimmt.

16 Stimmen dafür                      0 Stimmen dagegen                      0 Enthaltungen

**TOP 20.    Mitteilungen der Verwaltung**

Keine

**TOP 21.    Anfragen und Anregungen**

- a) RM Bakker-Dinkla spricht die erhöhten Eintrittspreise für das neu eröffnete Familien-Thalassobad an. Diese seien für eine komplette Familie mit drei Kindern zu hoch. RV Terfehr erklärt, dass diese Anfrage zuständigkeitshalber an die Staatsbad Norderney GmbH weitergeleitet werde.
- b) RM Raschke fragt, ob es eine Möglichkeit gebe, wieder Altkleidercontainer auf Norderney aufzustellen. Im Moment habe die AWO große Probleme mit gebrauchter Kleidung, die bei ihnen aus Ermangelung anderer Entsorgungsmöglichkeiten abgegeben werde. Diese könnten sie größtenteils nicht mehr für ihren Wiederverkauf verwenden.  
 BM Ulrichs erinnert, dass es bis vor wenigen Jahren Altkleidercontainer gegeben habe. Diese seien aber vielfach für die Entsorgung von Hausmüll missbraucht und daher entfernt worden. BG Ennen merkt an, dass regelmäßig Sammlungen von privaten Anbietern durchgeführt würden.  
 RM Lenz berichtet, dass man die Sachen im Paket nach Bethel schicken könne. Es gebe auch im evangelischen Gemeindehaus einmal im Jahr eine Altkleidersammlung.  
 RM Aldegarmann schlägt vor, einen Altkleider-Container in einer überwachten Umgebung aufzustellen. RM Stange schlägt hierfür die Müllumschlagstation vor.  
 2. stv. BM Rass betont, dass alle Verbraucher auch global denken müssten und nicht so viele Kleidungsstücke kaufen sollten. In Afrika würde durch solche Altkleiderlieferungen die eigene Produktion und damit die wirtschaftliche Entwicklung behindert.
- c) RM Wehlage bittet die Ratsmitglieder Ennen und Harms, ihren Vorschlag, die WGN-Häuser in der Tannenstraße zu verkaufen, nochmals zu überdenken. BG Onnen weist darauf hin, dass es sich lediglich um eine Überlegung der Geschäftsführung gehandelt habe. Seine Gruppe und auch die CDU/FDP hätten im Übrigen im Gegensatz zu den Grünen für den Ausbau der Häuser in der Mühlenstraße gestimmt.  
 BG Ennen führt aus, dass es nach den Ausführungen des Geschäftsführers bei vielen WGN-Häusern einen Sanierungsbedarf gebe, den man in den nächsten Jahren in Angriff nehmen wolle. Der Aufwand belaufe sich auf 20 Mio. €. Dafür müsse es eine Finanzierung geben. Wenn die Politik sich gegen Mieterhöhungen, weiteren Ausbau der Häuser oder Neubauten ausspreche, müsse man doch der Geschäftsführung die Möglichkeit geben, Finanzierungsmöglichkeiten zu entwickeln. Es sei jedenfalls nichts davon beschlossen worden. Es habe sich hier nicht um einen Vorschlag der Politik, sondern des Geschäftsführers gehandelt. RM Wehlage widerspricht dem.

## TOP 22. Einwohner- / Einwohnerinnenfragestunde

- a) Herr Eberhardt erklärt, dass der Vorwurf des Bürgermeisters gegen ihn nicht korrekt sei. Er habe der Verwaltung Denkansätze übermittelt. Auch aus dem Haus Jürgens habe er dafür positive Reaktionen erhalten. Die Anliegerbeiträge hätten von der Winterstraße bis zur Luciusstraße berechnet werden müssen. Das hätte zu ganz anderen Beträgen geführt. Man habe ihm gegenüber nicht mit offenen und ehrlichen Karten gespielt. Hinsichtlich der Entwässerungswege habe man ihm gegenüber falsche Angaben gemacht, ebenso auch hinsichtlich der Angabe, dass er eine Wertsteigerung für sein Haus erhalte. Den Bürgersteig habe er selbst gemacht und die Fahrbahn sei Angelegenheit der Stadt. Die Verwaltung habe den Eindruck vermittelt, dass der Ausbau notwendig sei. Das stimme aber nicht.  
 BM Ulrichs erwidert, dass er Herrn Eberhardt keinen Vorwurf gemacht habe. Er habe lediglich verdeutlicht, dass er eine andere Auffassung habe. Aus der Sicht von Herrn Eberhardt sei seine eigene Lösung sicherlich gerechter, weil sie zu einer Reduzierung seines Beitrages führe. Das sei allerdings auch die Sicht eines Betroffenen. Man müsse das große Ganze im Auge behalten. Es sei auch kein faires Verhalten, wenn Herr Eberhardt der Verwaltung unterstelle, die Unwahrheit zu sagen oder ihn zu belügen. Gerade um Herrn Eberhardt habe die Verwaltung sich sehr gekümmert. Er selbst sei Verwaltungsfachmann und müsse sich auf die Aussagen der Techniker verlassen. Eine Erneuerung der Regenentwässerung der Benekestraße

sei sicherlich nicht zwingend notwendig aber in jeder Hinsicht sinnvoll. Die Art und Weise, wie Herr Eberhardt hier seine Vorwürfe äußere, halte er für nicht fair.

- b) Herr Eberhardt fragt 2. stv. BM Rass wie sie es mit ihrem Gewissen vereinbare, dass am Onnen-Visser-Platz edle Tropenhölzer für die Einfassung der kleinen Waschbetonmauer verwendet, die Bäume gerodet und Edelrosen entfernt würden. Es solle auch eine Lindenbaumhecke gesetzt werden, die aufgrund der Witterungsverhältnisse keine Überlebenschance habe. Diese Baumart würden vielmehr seit den 70er Jahren auf der Insel durchweg durch schwedische Vogelbeere ersetzt. 2. stv. BM Rass erklärt, dass dazu im Moment nichts sagen könne.
- c) Herr Moroni spricht die Ausübung des Vorkaufsrechtes für das Schullandheim des Westwaldkreises an und fragt, nach den Konditionen. BM Ulrichs antwortet, dass er inhaltlich dazu keine Angaben machen werde.
- d) Herr Jentsch fragt nach der Änderung der Hauptsatzung, den Mehrheiten im Bauausschuss und wer jetzt letztlich die Entscheidungen treffe. BM Ulrichs erläutert, dass bislang immer der Bauausschuss das Einverständnis zu Bauvorhaben erklärt habe. Der Verwaltungsausschuss sei damit quantitativ überfordert. Durch eine Rechtsänderung müsse es hierzu jetzt eine ausdrückliche Festlegung in der Hauptsatzung geben. Inzwischen habe sich die Gruppe SPD/FWN gebildet, die immer die Mehrheit in diesem Ausschuss habe. Der Bürgermeister habe dort keine Stimme. Damit habe man ein Entscheidungsgremium, bei dem der Bürgermeister nicht mitstimme. Das sei eben anders als im Verwaltungsausschuss und Rat. RM Plavenieks erinnert, dass die Änderung aufgrund eines Antrages der Gruppe CDU/FDP erfolgt sei. RM Aldegarmann erklärt, dass der Bürgermeister jetzt nur die Möglichkeit habe, unter bestimmten Bedingungen Einspruch einzulegen. Herr Moroni ergänzt, dass der Bürgermeister Einspruch einlegen müsse, wenn in den Ausschüssen rechtswidrige Beschlüsse gefasst würden.
- e) Herr Saathoff spricht den Einspruch des Bürgermeisters gegen die Entscheidung des Bauausschusses zum Vorhaben Luisenhof an. Scheinbar sei Denkmalschutz nur möglich, wenn man ein Penthouse zulasse.
- f) Herr Saathoff fragt, ob der Betreiber des Hochseilgartens Pacht zahle. Er halte dieses Unternehmen für einen Flop. BM Ulrichs antwortet, dass es einen Pachtvertrag mit dem Betreiber gebe, der für fünf Jahre abgeschlossen sei.
- g) Herr Saathoff fragt, ob der Klärschlamm tatsächlich mit hohen Kosten nach Schleswig-Holstein entsorgt werden müsse, weil eine Lagerung auf Norderney aus rechtlichen Gründen nicht mehr möglich sei.  
BM Ulrichs antwortet, dass aufgrund von Änderungen der DüngemittelVO der Klärschlamm nicht mehr auf der Insel gelagert werden dürfe. Es sei auch schwierig, auf dem Festland Abnehmer dafür zu finden. Es gebe aber Interessenten. Man müsse sich auch für die Zukunft überlegen, ob man weiter so verfahren könne.  
Herr Saathoff meint, dass eine Volumenreduzierung von 90 % des Klärschlammes ein großer Erfolg sei. Es sollten diejenigen gefragt werden, die damals an dem Forschungsprogramm beteiligt gewesen seien. Es müsse eine kostengünstigere Lösung gefunden werden. BM Ulrichs antwortet, dass die Verwaltung daran arbeite.
- h) Herr Saathoff spricht eine Äußerung von BG Nüchter an, dass die Mieter der WGN subventioniert würden. Das sei nach seiner Auffassung nicht richtig. BG Nüchter erwidert, dass es eine Frage sei, wie man Subvention definiere. Für ihn sei das der Fall, wenn man die Kosten für Sanierungen nicht auf die Kostenmiete umlegen würde. Herr Saathoff erwidert, dass es bei der WGN immer eine Querfinanzierung gegeben habe, bei der die Mieter sich untereinander subventioniert hätten. BG Nüchter verweist darauf, dass die Investitionen für Sanierungen finanziert werden müssten. Die Gesamtsumme könne man nicht nur auf die Mieten umlegen,

man müsse auch Geld generieren. Man müsse zumindest die Möglichkeit haben, darüber nachzudenken.

- i) Herr Saathoff merkt zu den Verlusten beim Flugplatz an, dass man sich die Bereiche ansehen müsse, wo die Verluste entstünden. Das gleiche gelte auch für das Haus der Insel. Auch hier müsse man sehen, wie dieses in die Verluste gesteuert worden sei.
- j) Herr Jentsch fragt, ob in der Rückstellung für notwendige, nicht ausgeführte Unterhaltungsmaßnahmen auch Mittel für das Haus der Insel enthalten seien. BM Ulrichs verneint dies.
- k) Herr Peter von Radio SWS fragt, ob nach der Demontage der Verkehrsschilder in der Nordhelmsiedlung die dazugehörigen Ständer stehenbleiben würden. BM Ulrichs erläutert, dass im Rahmen einer Versuchsphase diese zunächst stehen gelassen worden seien. (Anmerkung der Verwaltung: Im Winter werden die Ständer für die Anbringung von Verkehrsschildern wieder benötigt.)
- l) Herr Moroni fragt, ob die 128.000 €, die als Aufwand im Kurbeitrag enthalten sind, für das Haus der Insel verwendet würden. Dieser sei früher nicht aufgeführt gewesen. BG Ennen erwidert, dass es diesen Aufwand sehr wohl schon gegeben habe. StA Uden erläutert, dass das Haus der Insel auch für die Gäste genutzt werde und deshalb mit dem Gästeanteil berücksichtigt werde.

Der Vorsitzende schließt die öffentliche Sitzung.

Terfehr  
(Vorsitzender)

Ulrichs  
(Bürgermeister)

Müller  
(Protokollführer)